

Sächsische Vorzeitung und Elbgaupresse

Verlags- und Druckerei: Amst. Dresden Nr. 31307
Tel.-Adr.: Elbgaupresse Dresden

mit Loschwitzer Anzeiger

Danz-Rote: Stadthaus Dresden, Gröfstele Dresden Nr. 656
Postfach-Rote: Nr. 617 Dresden

Tageszeitung für das östliche Dresden und seine Vororte.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blasewitz, Loschwitz, Weißer Hirsch, Bühlau, Rochwitz und Laubegast (II. und III. Verwaltungsbezirk) der Gemeinden Wachwitz, Niederpoyritz, Hosterwitz, Pillnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaft Dresden.

Verlag: Elbgau-Druckerei und Verlagsgesellschaft Hermann Deyer & Co., Dresden-Blasewitz. — Verantwortlich für Lokales Carl Dröge, für den übrigen Inhalt Eugen Berner, beide in Dresden.

Erzheimat täglich mit den Beilagen: Amtl. Fremden- und Kurliste, Leben im Bild, Agrar-Warte, Radio-Zeitung, Anzeigen werden die 8-spaltige Petit-Zelle mit 20 Goldpfennigen berechnet. Reklamen die 4-spaltige Zelle mit 50 Goldpfennigen. Anzeigen u. Reklamen mit Nachdruckverboten und schwierigen Sachverhalten werden mit 50% monatl. M. 1.90, durch die Post ohne Zustellgebühr monatl. M. 2.-. Für Feste höh. Gewalt, Krieg, Streiks usw. hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung bzw. Nachlieferung der Zeitung; ab Rückzahl. d. Lesegeldes. Druck: Clemens Landgraf Nachf., Dresden-Friedrichsberg. Bei unvert. eingelangt. Manuskripten ist Rückporto beizufügen. Für Anzeigen, welche durch Fernspr. aufgegeben werden, kann, wie eine Verantwort. bez. der Richtigkeit nicht übernehmen.

Redaktion und Expedition
Blasewitz, Loschwitzer Str. 4
88. Jahrgang

Nr. 237

Montag, den 11. Oktober

1926

General Heye Chef der Heeresleitung

Deutsch-englische Industriellenbesprechungen in London zur Herbeiführung eines wirtschaftlichen Locarno — Die Deutschnationalen sehen in Stresemanns Rede auf dem Kölner Parteitage eine Kampfansage gegen rechts — Der Nordprozess Böhme: Die Tochter des Sanitätsrats glaubt nicht an die Schuld des Vaters — Mussolinis neuester Kriegsplan: Ein Angriff auf die Türkei

Eine Programmrede des Reichsfinanzministers

Dr. Marx appelliert an die Sozialdemokratie, wieder in die Reichsregierung einzutreten

Am Sonntag wurde die von der Reichsregierung für Heimabend in Essen veranstaltete staatspolitische Vortragsreihe mit einem Vortrag des Reichsfinanzministers über

Wege zur Volksgemeinschaft

Eröffnete sprach Dr. Marx von der Politisierung der Massen als einem der wichtigsten Kennzeichen der modernen Zeit überhaupt und als Folge der Demokratisierung des öffentlichen und politischen Lebens. Sie habe unbedingt ihr Großes und Edles, aber sie bringe auch Gefahren in sich, zumal bei der Vielheit und der mannigfachen Gliederung unseres Staatswesens. Darum bedürfe unser Staat und unser Volk mehr als irgend ein anderes einer Führung, die das Auseinanderstreben zu einem sucht. Mit besonderer Freude habe er die von hohem Verantwortungsbewusstsein zeugenden Worte Dr. Silberbergs vernommen. Wenn Silberberg auch nicht jene allgemeine Zustimmung fand, wie er, der Reichsfinanzminister, sie im Interesse von Staat, Volk und Wirtschaft gewünscht hätte, es habe sich doch gezeigt, daß in immer weiteren Kreisen der Arbeitgeber Gedanken, wie Silberberg sie äußerte, freudigen Anklang gefunden haben.

Der Regierung ist die Mitarbeit jeder Partei willkommen, die die mühsam aufgebauete staatliche Ordnung anerkennt und sich schützend vor sie stellt.

Wir brauchen alle Kräfte, die gewillt sind zur positiven Mitarbeit. Nur so werden wir die schwierigen Aufgaben lösen können, vor die wir im kommenden Winter gestellt sind.

Der Reichsfinanzminister befaßte sich dann mit der finanziellen Lage

Ueberblicke man das Bild im ganzen, so werde man sich dem Urteil des Reichsfinanzministers anschließen müssen.

daß trotz verbesserter Steuereinnahmen das Reich trotz sein kann, wenn es in diesem Jahre hart am Defizit vorbeikommt.

Vor allem dürfe man nicht verkennen, daß wir in das Rechnungsjahr 1927 ohne Reserven aus Ueberflüssen der Vorjahre hineingehen, und daß daher jede Mehrausgabe die Bilanzierung des Etats gefährden kann und den Anleihebedarf steigert.

Wenn die gegenwärtige Reichsregierung an dem Streben nach weiteren Steuererleichterungen festhält, so darf in diesem Zusammenhang aber auch nicht verkannt werden, daß ein Weiterbauen auf Grund des Steuersystems, das im Jahre 1925 festgelegt worden ist, nur möglich sein kann bei einer bestrengenden Lösung des Finanzausgleichs.

Der Kanzler erinnerte hierbei an die Reichs-Länder und Gemeinden gemeinsam interessierenden Einkommen- und Körperschaftsteuern, die Realsteuern, die Hauszinssteuern

mit der richtigen Gestaltung des Finanzausgleichs auch die Aufgabenteilung zwischen Reich und Ländern zusammenhängt, und daß es sich hier um das finanz-

politische Zentralproblem für das Reich und die Länder überhaupt handelt, betont er mit besonderem Nachdruck.

Daraus ergebe sich die Forderung, daß der gesetzgeberischen Neuordnung des Problems eingehende Ermügelungen voranzutreiben müssen, die bis zum 1. April 1927 bestimmt nicht erlaßt werden können. Es ist

aus inneren Gründen gut, wenn wir die Dinge nicht überstürzen

Gerade die Einkommensverhältnisse, die der Einkommensteuer 1925 zu Grunde liegen, geben kein richtiges Bild von der Leistungsfähigkeit der Bevölkerungsschichten, auf der sich die Zuschläge zur Einkommensteuer in richtiger Verteilung aufbauen könnten. Die schlechte Lage unserer Landwirtschaft insbesondere hat es mit sich gebracht, daß hier viele Steuerpflichtige ausgefallen sind und daß infolgedessen

große Mengen von Gemeinden, besonders von Landgemeinden, über eine eigene hinreichende Steuerkraft nicht verfügen.

Danach erscheint zurzeit ein System, bei dem die Länder durch eine zweckmäßige Weitergabe der Ueberweisungen an die Gemeinden für die Lebensfähigkeit solcher Gemeinden sorgen können, zweckmäßiger, als der Versuch, schon jetzt alle Gemeinden auf ihre eigene örtliche Steuerkraft zu stellen. Die Reichsregierung acht damit in feiner Weise von ihrem Versprechen ab, durch Einführung der Zuschläge den Gemeinden ihre Selbstverantwortung wiederzugeben. Es handelt sich nur darum den richtigen Zeitpunkt zu wählen.

Der Reichsfinanzminister behandelte dann das Problem der Arbeitslosigkeit und

Einzelheiten des Arbeitsbeschaffungsprogramms

indem er bemerkte: Die zur Verfügung stehenden Mittel müssen so eingesetzt werden, daß eine Belebung möglichst weiter Teile der Wirtschaft erreicht wird, um den Schlüsselgewerben Arbeit zu verschaffen und mittelbar auch andere Teile der Wirtschaft anzufurbeln. Daneben muß vor allem die Förderung des Exports anstrebt werden.

Zeit Anfang Juli hat die Zahl der Erwerbslosen eine Verminderung um eine Viertelmillion erfahren. Es darf erwartet werden, daß ein an sich ungünstiger Einfluß der Jahreszeit auf den Arbeitsmarkt überwunden werde.

Am Schluß seiner Rede erörterte der Reichsfinanzminister die letzten internationalen Erwerbslosen, wobei er zunächst zum

Abschluß des Stahlpakt

dessen wirtschaftliche und politische Bedeutung man nicht unterschätzen solle, ausführte: Der Abschluß des Stahlpaktens wird durch

Verabbarung des Eisenverkaufs auf den Auslandsmärkten die Rentabilität der deutschen eisenverarbeitenden Industrie erhöhen und ihren Arbeitern Beschäftigungsmöglichkeiten sichern und den Wert der deutschen

Ausfuhr in diesen Erzeugnissen steigern, was für die günstige Gestaltung unserer Handelsbilanz von größter Bedeutung ist. Auch die eisenverarbeitende Industrie mit ihrer Arbeiterschaft wird Nutzen aus dem Abkommen ziehen, dadurch, daß bei der zu erzielenden Angleichung der Auslandspreise an die Inlandspreise die fremden Industrien nicht mehr billiger mit Rohstoffen beliefert werden als z. B. die deutsche Maschinenindustrie.

Das Stahlabkommen hat aber eine über das rein ökonomische hinausgehende Bedeutung.

Es scheint mir nicht möglich, daß man innerhalb nächster führender Industrien wirtschaftliche Friedenspakte abschließen und sich daneben politisch wie bisher betätigen kann.

Im Anschluß an Deutschlands Eintritt in den Völkerbund ist viel Kritisches über die „Joannanten“

Erfüllungspolitik

gesprochen worden. Bei einem Vergleich zwischen dem Jahr 1921, das die Einleitung der vielumstrittenen Erfüllungspolitik brachte, und heute, kann man nicht verkennen, daß uns diese Politik der Verständigung ein gutes Stück weiter gebracht hat. Wir werden im Völkerbund christlich und loyal mitarbeiten im Geiste der Ideale, die dem Bunde gesetzt sind, und hoffen, auf diese Weise auch unsere Interessen am besten zu wahren, die Interessen Deutschlands und der deutschen Minderheiten, die von uns mit gutem Recht Schutz und Hilfe erwarten dürfen.

Besprechungen, wie die von Thoirs,

sind eigentlich etwas Selbstverständliches zwischen Nationen, die einem Bunde angehören, dem die friedliche Beilegung etwa auftauchender Streitfragen als höchstes Ziel gesetzt ist.

Seerits Nachfolger

Die amtliche Ernennung

Der Reichspräsident hat Generalleutnant Wilhelm Heye, bisher Kommandeur der ersten Division in Königsberg, zum Nachfolger des Generals von Seeritz ernannt.

Heyes militärische Laufbahn

Generalleutnant Heye wurde 1869 in Fulda als Sohn eines Offiziers geboren. Sein Stammland ist Oldenburg.



Er wurde 1888 aus dem Kadettenkorps dem Inf.-Regiment 70 als Leutnant überwiesen. Nach Besuch der Kriegsakademie wurde er als Hauptmann in den Generalstab der Armee versetzt, trat 1906 als Ge-

neralstabsoffizier zur Schutztruppe für Südwestafrika über, aus der er 1908 wieder ausschied.

1913 wurde er als Bataillonskommandeur in das Infanterie-Regiment 74 versetzt. Bei der Mobilmachung wurde er zum Chef des Generalstabes des Landwehrkorps ernannt, aus dem sich dann die Armeegruppe bildete und später die Heeresgruppe Baurich entwickelte, bei der er bis zum September 1917 als Chef des Generalstabes tätig war.

Seine Verdienste in dieser Stellung, insbesondere bei dem Weichselübergang nördlich Zwangorod im Juli 1915, der daran anschließenden Offensive bis an die Tschara und den weiteren andauernden Abwehrkämpfen, wurden 1916 durch Verleihung des Ordens Pour le mérite anerkannt. Im gleichen Monat wurde er zum Oberst befördert.

Im September 1917 wurde er zum Chef des Generalstabes der Heeresgruppe Herzog Albrecht ernannt, der bei Vorbereitung der Frühjahrsoffensive 1918 die Aufgabe zufiel, durch Scheinunternehmungen den Gegner über die tatsächliche Angriffsfreie im unklaren zu halten. Für die erfolgreiche Durchführung dieser Aufgabe erhielt der damalige Oberst Heye das Eichenlaub zum Orden Pour le mérite.

Anfang 1919 wurde er zum Chef des Generalstabes des Oberkommandos Grenzschutz Nord am 1. 10. 1919 zum Chef des Stabes des Truppenamts im Reichswehrministerium, 1920 zum Generalmajor befördert und mit Wirkung vom 1. 4. 1922 unter Beförderung zum Generalleutnant zum Chef des Heeres-Personal-Amtes ernannt.

Mit dem 1. 11. 1923 wurde er zum Kommandeur der 1. Division und Befehlshaber im Wehrkreis 1 ernannt.